



Anettes Monatsbericht

Februar 2020



Aktuelle Informationen aus dem Landtag, den Plenardebatten und meinem Wahlbereich.

Land fördert ÖPNV in Osnabrück mit gut 3 Millionen Euro



Quelle: Stadtwerke Osnabrück

Zum Ausbau und zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) beteiligt sich das Land Niedersachsen in diesem Jahr mit rund 95,4 Millionen Euro an insgesamt 328 Projekten. Ein starker ÖPNV ist ein entscheidender Faktor für die Mobilität der Zukunft vor Ort. Osnabrück wird mit fast drei Millionen Euro für drei Projekte unterstützt.

Erstens werden in der Bahnhofsgarage am Osnabrücker Hauptbahnhof gut 2.000 Fahrrad-Abstellmöglichkeiten gefördert. Diese innovative

Bike- & Ride-Abstellanlage ist ein wichtiger Beitrag, um Pendlern, die täglich von oder nach Osnabrück pendeln, die Möglichkeit zu eröffnen, auf ÖPNV und Radwege anstelle des motorisierten Individualverkehrs umzusteigen.

Zweitens fließen die Fördermittel auch in den Neubau von 15 Bushaltestellen. Wichtig ist hierbei, Haltestellen im Stadtgebiet modern und barrierefrei auszugestalten. Drittens werden die Mittel für die Beschaffung von sechs neuen Bussen aufgewendet. Dies sorgt dafür, die Umrüstung der Busflotte auf Elektrobusse voranzutreiben.

Osnabrück bekommt Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Clan-Kriminalität

Mit dem Haushalt 2020 hat der Niedersächsische Landtag neun zusätzliche Staatsanwaltschaftsstellen sowie Personalmittel für neun Beamtinnen und Beamte für die Bekämpfung von Clan-Kriminalität bereitgestellt. Insgesamt werden damit vier Staatsanwaltschaften in Braunschweig, Hildesheim, Stade und Osnabrück für die Bekämpfung von organisierter Kriminalität ausgebaut. Dies ermöglicht der Landesregierung eine Intensivierung der Bemühungen im Kampf gegen kriminelle Clan-Strukturen. Die Sicherheit unserer Bürger und die Durchsetzung des Rechtsstaates stehen an erster Stelle.



Copyright: CDU/Adrian Kubica c/o Banrap

Grünkohlessen der CDU in Hellern

Das traditionelle Grünkohlessen unseres Helleraner Ortsverbands im Gasthaus Thies wurde von über 130 Teilnehmern besucht. Nach der wie immer sehr schmackhaften Kohlmahlzeit sprachen die scheidende Grünkohlkönigin Frau Justizministerin Barbara Havliza und der neue Grünkohlkönig Jens Gieseke, MdEP, zu den Gästen. Die große Tombola mit hundert Preisen rundete die Veranstaltung ab.



Preisverleihung „So wohnt OS“



Projekte „Wohnen Hoch 4“ und „Platzwunder im Grünen“

Erstmalig wurde der Osnabrücker Preis für innovatives, miteinander Wohnen „So wohnt OS“ ausgelobt. Gesucht wurden besonders innovative und nachhaltige Wohnprojekte. Viele der Projekte stachen durch den effizienten Flächenverbrauch, eine sinnvolle Nachverdichtung sowie die nachhaltige Bauweise hervor. Gemeinschaftliche

Wohnformen und generationsübergreifendes Wohnen waren ebenso Schwerpunkte.

Am 29.02. fand die öffentliche Preisverleihung im Rahmen der Immobilienmesse Bauen und Wohnen 2020 statt. Insgesamt wurden acht Preise an verschiedene Projekte verliehen. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Miteinander und innovativ wohnen in Osnabrück“ wurden zwei prämierte Projekte näher diskutiert, zum einen der Beitrag „Platzwunder im Grünen“ von Afra Creutz und zum anderen das Projekt „Wohnen Hoch 4“ von Maria Polewsky. Beide zeichnen sich durch viel Wohnfläche auf wenig Platz bei geringer Neuversiegelung aus.

Start des neuen Busliniennetzes

Am 5. Februar fiel der Startschuss für das neue Busnetz in Osnabrück. Neben neu eingerichteten Linien, wie etwa der Ringlinie, gibt es auch deutlich verdichtete Taktfrequenzen und Verlängerungen der täglichen Fahrplanzeiten. Auch die Schülerbeförderung wurde im Rahmen des neuen Busliniennetzes umgestellt. Hier stehen noch Optimierungsmaßnahmen an. Auf Initiative der CDU-Ratsfraktion werden bereits interfraktionelle Gespräche mit Vertretern von Schulen, Eltern, Verwaltung und Stadtwerken geführt. Ergebnis: Verwaltung und Stadtwerke Osnabrück sollen sicherstellen, dass Schülerinnen und Schüler rechtzeitig und sicher an ihrer Schule ankommen. Das Bereitstellen von Einsatzbussen oder eine Anpassung des Linienverkehrs sind dabei mögliche Maßnahmen zur Optimierung des Busnetzes.

Osnabrück auf dem richtigen Weg bei den Themen Umwelt und Klimaschutz



Am 6. Februar besuchte die NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser eine Diskussionsveranstaltung der Osnabrücker CDU. In ihrem Vortrag betonte die Ministerin, dass die Themen Umwelt- und Klimaschutz zum Markenkern der CDU gehören. Von zentraler Bedeutung ist es, effektive Maßnahmen zum Klimaschutz zu ergreifen und dabei die Wettbewerbsfähigkeit der Exportnation Deutschland zu erhalten. Ein wichtiges Instrument sei die Förderung von Innovationen,

denn darin liege der Schlüssel zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Eine weitere wichtige Frage liege in der sozialen Gerechtigkeit für die Bürger. Maßnahmen zum Klimaschutz müssten für alle Bevölkerungsschichten bezahlbar sein, nur dann erhielten sie allgemeine Akzeptanz.

Bei der anschließenden Diskussion mit der Ministerin zeigt sich, dass Osnabrück durch verschiedene Ratsinitiativen der CDU bereits auf einem guten Weg in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung ist. Beispielhaft sind hier zu nennen: Modellprojekt bei Kompensationsflächen, Begrünung des Platzes am Dominikanerkloster oder die Reduktion von Lichtverschmutzung auf großen Gewerbeflächen. Auch zum Stadtklima hat die CDU mit einem Ratsantrag einen Beitrag geleistet, der u.a. Grünflächen, Dachbegrünung und Erhalt der Frischluftzufuhr beinhaltet.

Dr. Thomas Veen und Annette Zurbrüggen in den Staatsgerichtshof gewählt

Der Präsident des Landgerichts Osnabrück, Herr Dr. Thomas Veen, ist im Rahmen des Februarplenums vom Niedersächsischen Landtag zum Richter am Staatsgerichtshof des Landes Niedersachsen gewählt worden. Seine Nachfolge als stellvertretendes Mitglied übernimmt Annette Zurbrüggen, Direktorin des Sozialgerichts Osnabrück

Der Staatsgerichtshof in Bückeburg ist das Verfassungsgericht des Landes Niedersachsen. Er entscheidet zum Beispiel über Streitigkeiten zwischen der Landesregierung und dem Landtag. Daneben entscheidet der Staatsgerichtshof unter anderem auch über Fälle, in denen Kommunen durch Maßnahmen des Landes ihr Recht auf kommunale Selbstverwaltung verletzt sehen.



Patientensicherheit bei Medizinprodukten verbessern

Im Februarplenium des Landtags wurde ein Antrag von CDU und SPD zu Verbesserung der Patientensicherheit bei Implantationen verabschiedet. In Deutschland gibt es 14.000 offiziell gemeldete Komplikationen durch fehlerhafte Medizinprodukte wie zerbröselnde Bandscheiben oder geplatzte Brustimplantate. Hier bedarf es unbedingt einer stärkeren Reglementierung und Kontrolle auf europäischer und nationaler Ebene an.

Zwar tritt im Mai 2020 die EU-Medizinprodukte-Verordnung in Kraft, die unter anderem eine eindeutige Identifizierung von Hochrisiko-Produkten ermöglichen und Hersteller zu einer ausreichenden Absicherung für den Haftungsfall verpflichten wird. Aber darüber hinaus ist es erforderlich, einen zentralisierten Marktzugang analog zur Arzneimittelzulassung für solche Hochrisikoprodukte zu schaffen, die in den Körper implantiert werden oder Arzneimittel in den Körper abgeben.

Baukindergeld für Genossenschaftsanteile öffnen



Im Februarplenium hat die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag beschlossen, das Baukindergeld auch für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen zu öffnen.

Knapper Wohnraum und steigende Mieten sorgen die Menschen in Niedersachsen. Im Kampf gegen die steigenden Mieten setzt die CDU-Fraktion nicht auf Planungen wie den sogenannten Mietendeckel, sondern auf effektivere Maßnahmen. Das Baukindergeld ist ein voller Erfolg. Weit mehr als 135.000 Familien haben bis heute einen Förderantrag gestellt. Mit dem Baukindergeld fördert der Bund Familien mit Kindern beim Bau und Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum.

Insbesondere im urbanen Bereich bieten genossenschaftliche Wohnprojekte eine Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und zur Verfügung zu stellen. Bislang ist es jedoch für Familien nicht möglich, die Förderung durch das Baukindergeld mit der Beteiligung an genossenschaftlichen Wohnprojekten zu verbinden, da der Erwerb von Genossenschaftsanteilen nicht durch das Baukindergeld gefördert wird. Die Öffnung des Baukindergelds für Genossenschaftsanteile soll dies ermöglichen und junge Familien unterstützen.